

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 45/0779/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Schule		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	28.07.2020
		Verfasser:	FB 45/100
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses (SchA/39/WP17) vom 04.06.2020 (öffentlicher Teil)			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
20.08.2020	Schulausschuss	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 04.06.2020 (öffentlicher Teil).

Anlage:

Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 04.06.2020 (öt)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses

29. Juni 2020

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.06.2020
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Ort, Raum: Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Herr Felix Kehren	anwesend
Ratsfrau Maria Keller	anwesend
Ratsfrau Ulla Griepentrog	anwesend
Frau Sarah Beschorner	Vertretung für: Ratsfrau Nathalie Koentges
Ratsherr Holger Brantin	anwesend
Ratsfrau Elke Eschweiler	Vertretung für: Ratsherr Peter Tillmanns
Herr Matthias Fischer	Vertretung für: Ratsherr Georg Biesing
Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby	anwesend
Ratsherr Bernd Krott	anwesend
Ratsherr Hans Müller	anwesend

SchA/39/WP.17

Ausdruck vom: 29.06.2020

Seite: 1/23

Herr Stefan Auler	anwesend
Herr Uli Balthasar	anwesend
Herr Said Giancoli	anwesend
Herr Lorenz Hellmann	Vertretung für: Frau Andrea Orthen
Herr Stefan Menzel	anwesend
Frau Gretel Opitz	anwesend
Herr Johannes Rohé	anwesend
Herr Dieter Cohnen	Vertretung für: Herrn David Krause
Frau Sabine Mensger-Jacobs	anwesend

Abwesende:

Ratsherr Georg Biesing	entschuldigt
Ratsfrau Nathalie Koentges	entschuldigt
Ratsherr Peter Tillmanns	entschuldigt
Frau Andrea Orthen	entschuldigt
Herr Heiko Winkler	entschuldigt
Herr David Krause	entschuldigt
Frau Leyla Kalkan	entschuldigt

von der Verwaltung:

Name	Org.	Name	Org.
Herr Brötz	FB 45, FB-Ltg.	Herr Kaldenbach	FB 45/100
Herr Crumbach	FB 45/400	Frau Olbertz	FB 45/100
Frau Delavoipière	FB 45/100	Frau Schwier	Dez. IV
Herr Gürtler	FB 13		

als Schriftführerin:

Frau Susanne Kempel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses (SchA/38/WP17) vom 30.04.2020 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 45/0753/WP17
- 3 **Bestellung einer Schriftführerin**
Vorlage: FB 45/0755/WP17
- 4 **Sachstandsbericht Erweiterung Grundschule Mataréstraße, Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke vom 19.05.2020**
- 5 **Finanzierung Montessori Zentrum Eilendorf, Schulbau**
Vorlage: FB 45/0766/WP17
- 6 **GGs Montessori-Schule Eilendorf: Informationen zu den Schülertransporten**
Vorlage: FB 45/0728/WP17
- 7 **GGs Montessori-Schule Eilendorf: Informationen zu den Schülertransporten (Ergänzung)**
Vorlage: FB 45/0728/WP17-1
- 8 **Schulentwicklungsplan für den Bereich der Primarstufe 2019-2024**
Vorlage: FB 45/0731/WP17
- 9 **Informatik an Aachener Grundschulen**
Vorlage: FB 02/0203/WP17
- 10 **Maßnahmen der durchgängigen Sprachbildung**
Vorlage: FB 45/0749/WP17
- 11 **Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche**
Vorlage: FB 45/0718/WP17

- 12 **Einsatz der neu eingerichteten Schulsozialarbeiterstellen 2020**
Vorlage: FB 45/0733/WP17
- 13 **DigitalPakt Schule - geplante Förderschwerpunkte in der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 45/0757/WP17
- 14 **Überprüfung und Einrichtung von Lernschulgärten**
Vorlage: FB 45/0744/WP17
- 15 **Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangeboten in der Primarstufe der Schulen der Stadt Aachen (Offene Ganztagschulen), hier: 7. Änderungssatzung**
Vorlage: FB 45/0750/WP17
- 16 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung:**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses (SchA/38/WP17) vom 30.04.2020 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 45/0754/WP17
- 3 **Besetzung von Konrektorenstellen - Rhein-Maas-Gymnasium**
Vorlage: FB 45/0758/WP17
- 4 **Besetzung von Schulleitungsstellen - GGS Vaalserquartier**
Vorlage: FB 45/0759/WP17
- 5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Keller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Verwaltung, die Presse sowie die anwesende Öffentlichkeit.

Frau Sarah Beschorner wird als neues Mitglied für die SPD-Fraktion verpflichtet.

Frau Keller begrüßt ebenfalls Herrn Kehren als neues Mitglied im Schulausschuss für die Piratenfraktion.

Frau Keller wünscht beiden alles Gute und viel Erfolg für die gemeinsame Zusammenarbeit.

Frau Keller fragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt. Herr Brantin beantragt, dass der TOP 15 „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangeboten in der Primarstufe der Schulen der Stadt Aachen (OGS)“ wegen Beratungsbedarf zurückgestellt wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses (SchA/38/WP17) vom 30.04.2020 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 45/0753/WP17

Frau von Jakobowski teilt mit, dass Sie über die Formulierung zum Top 3 auf Seite 8 letzter Absatz „Den Kindern werde seit mehreren Wochen ihr Recht auf Bildung vorenthalten.“ irritiert sei.

Herr Krott erläutert, dass er dies zwar so gesagt habe. Gleichzeitig konkretisiert er seine Aussage dahingehend, dass er damit nicht gemeint habe, dass Homeschooling das Recht auf Bildung infrage stelle. Das Recht auf Bildung sei durch den vorübergehenden „Lockdown“ stark beeinträchtigt bzw. könne nicht ausgeübt werden. Das sei ein Zustand, der so schnell wie möglich behoben werden solle, damit Bildung wieder im vollen Umfang stattfinden könne.

Beschluss:

Der Schulausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 30.04.2020 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung: 2
einstimmig

zu 3 Bestellung einer Schriftführerin

Vorlage: FB 45/0755/WP17

Frau Keller begrüßt Frau Kampel als neue Geschäftsführerin des Schulausschusses und bedankt sich bei Frau Olbertz für die stellvertretende Geschäftsführung in den vergangenen Monaten.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis und bestellt

Frau Susanne Kampel – FB 45

zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig

zu 4 Sachstandsbericht Erweiterung Grundschule Mataréstraße, Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke vom 19.05.2020

Frau Keller begrüßt Herrn Lennartz, Leiter der Abteilung Hochbautechnisches Gebäudemanagement. Herr Lennartz erläutert, dass sich die Frage nach der Bauträgerschaft schwierig gestaltet. Aufgrund der Kopplung mit Wohnbebauung versucht E 26 Partner zu finden. Dazu gab es verschiedene Überlegungen und Gespräche z.B. mit der gewoge AG. Ob nun ein Partner gefunden wird oder E 26 die Bauträgerschaft vollständig übernimmt ist noch offen. Daher bittet Herr Lennartz darum, dass er die Sachstandsmitteilung in 2 bis 3 Monaten im Schulausschuss nochmals vorträgt.

Herr Fischer erläutert, dass großes Interesse besteht, dass das Projekt schnell voran geht, da die Räume dringend benötigt würden.

Er fragt, ob es Entscheidungen zu den Laubbäumen gebe. Er fragt, wenn die Stadt einspringe, ob dann auch die Variante gebaut werde, die eine spätere Weiterbebauung/ Aufstockung zulasse, und ob hieran parallel gearbeitet werde.

Herr Lennartz antwortet, dass die Entscheidung zu den Bäumen noch nicht endgültig abgestimmt sei und dass E 26 die Möglichkeiten/Prüfungen parallel bearbeite.

Herr Fischer teilt mit, dass er dies zur Kenntnis nehme und er - sofern sich die weiteren Möglichkeiten nicht realisieren ließen - nur eine Eingeschossigkeit durch die städtische Bauträgerschaft sehe. Er fragt nach einem Bericht in der nächsten Schulausschusssitzung.

Herr Lennartz sagt zu, dass E 26 dies versuchen werde.

zu 5 Finanzierung Montessori Zentrum Eilendorf, Schulbau

Vorlage: FB 45/0766/WP17

Herr Lennartz präsentiert die bereits mit Vorlage vorab versandte Kostenberechnung und Entwurfsplanung für den Schulbau Montessori Zentrum Eilendorf.

Frau Keller und Frau Eschweiler bedanken sich für die Vorstellung.

Frau Eschweiler betont, dass sich die Bezirksvertretung Eilendorf seit 8 Jahren und nun zuletzt in ihrer Sitzung am 03.06.2020 mit dem Projekt befasste habe und es sehr befürworte. Dies sei für Eilendorf ein wichtiges Projekt und sie sehe die Schule dort gut untergebracht.

Frau Griepentrog teilt mit, dass sie sich nicht ganz darüber freuen könnte, da nicht alles verwirklicht werde, was aus ihrer Sicht relevant sei, insbesondere da die ursprünglich mitgeplante KiTa in dem Montessori-Zentrum fehle und die KiTa-Plätze in Eilendorf ebenfalls dringend gebraucht würden. Bezogen auf den Kita-Neubau würde in der Vorlage erwähnt, dass dieser über ein Investorenmodell verwirklicht werden solle. Sie befürchte dafür eine lange Zeitspanne und fragt, wie lange das geplant sei. Sie erläutert, dass die Planung gut geworden sei, stellt aber fest, dass versucht würde mit 14,6 Mio. auszukommen und gleichzeitig von „Minimal-Sanierung“ gesprochen werde. Sie fragt, was genau das bedeute. Da in den nächsten 10 Jahren nicht damit zu rechnen sei, dass ein weiteres so kostenintensives Gebäude in Eilendorf gebaut werden würde, müsse alles mitgedacht werden, auch klimaneutrale Bauweisen. Sie fragt nach der Möglichkeit einer Dachbegrünung und entsprechenden Nutzung, da der Schulhof jetzt schon knapp bemessen sei. Daher solle diese Fläche von Anfang an mitgedacht werden.

Herr Lennartz erläutert, dass von „Minimal-Sanierung“ der denkmalgeschützte Bauteil betroffen sei. „Minimal-Sanierung“ bedeute alle notwendigen Sanierungen. Bauteil A stehe unter Denkmalschutz. Hier würden neue Fenster und eine neue Dämmung umgesetzt. Der Neubau würde nach Aachener Standard errichtet. Eine Dachbegrünung bzw. Photovoltaik-Anlage müsste auch mit den Nachbarn abgesprochen werden.

Bzgl. des Schulhofes verweist er auf die hinter der neuen Turnhalle befindliche Spielwiese, die der Schule zur Nutzung zur Verfügung stehe.

Bzgl. der Zeitschiene erläutert er, dass er von der reinen Bauzeit von zwei Jahren gesprochen habe, hinzu käme die Abbruchzeit, sodass in der Vorlage eine Bauzeit von 30 Monaten erwähnt sei. Aktuell werde eine Kombination aus KiTa und Wohnungsbau angedacht, aber auch der Wohnungsbau bräuchte Platz. Hier fänden aktuell noch viele Abstimmungen statt, die Planungen und Prüfungen würden parallel laufen, so dass keine Zeit verloren würde.

Frau Schwier ergänzt, dass zurzeit intensive Gespräche dazu stattfinden würden, wie man Wohnungsbau und KiTa räumlich am besten abbilden könne. Die 5-gruppige KiTa solle definitiv realisiert werden.

Herr Krott lobt die Verwaltung für die Arbeit und den Entwurf, er stelle nicht in Frage, dass es ein Montessori Zentrum gebe, die KiTa würde auch gebraucht. Die KiTa müsse nun anders finanziert werden, damit werde sich der KJA befassen. Die KiTa dürfe auf keinen Fall warten. Der Beschluss für die Schule könne so getroffen werden.

Frau Eschweiler ergänzt, dass die Dachbegrünung bzw. Spielwiese damit zusammenhänge, wie die KiTa-Planungen und der benötigte Flächenbedarf aussehen werden.

Ein Montessori-Zentrum bedeute nicht zwingend, dass beide über ein Gebäude direkt verbunden sein müssten, die KiTa und die Schule seien in unmittelbarer Nähe.

Sie befürworte, den Beschluss nun zu fassen, damit nicht die Gefahr bestehe, Mittel aus „Gute Schule 2020“ zu verlieren. Aus Sicht der Kindertagesstättenbedarfsplanung müssten natürlich auch die Bedarfe an Kita-Plätzen erfüllt werden. Sie sei zuversichtlich, dass man auf einem guten Weg sei.

Beschluss:

Der **Schulausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss – vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Bereitstellung der zusätzlich benötigten finanziellen Mittel -, den Bau zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung der Baumaßnahme zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig

zu 6 GGG Montessori-Schule Eilendorf: Informationen zu den Schülertransporten

Vorlage: FB 45/0728/WP17

s. TOP 7

zu 7 GGG Montessori-Schule Eilendorf: Informationen zu den Schülertransporten (Ergänzung)

Vorlage: FB 45/0728/WP17-1

Frau Eschweiler teilt mit, dass die Variante 3 durch die Bezirksvertretung Eilendorf befürwortet werde.

Frau Griepentrog fragt

1. Warum bei Variante 1 OGS-Begleiter nicht, bei Variante 2 und 3 aber schon eingesetzt werden können.
2. Warum die Kinder ein School & Fun-Tickets benötigen würden, obwohl ein extra Aseag Bus eingesetzt werden würde.

3. Ob geprüft worden sei, wie viele Kinder wirklich den Bus nutzen würden; viele Eltern würden ihre Kinder mit Auto zur Schule bringen. Daher solle der zusätzlich finanzierte Bus zur Schülerbeförderung erstmal getestet werden, bevor man sich finanziell für die komplette Dauer binde.

Frau Eschweiler erläutert, dass geprüft worden sei, wie die Bedarfslage sei. Es gäbe an der Schule über 150 Kinder, von denen 80 den Bus nutzen. Dies habe die Schule in Kleinarbeit mit den Eltern eruiert. Daher reiche die reguläre Linie nicht aus. Sie schlägt vor das Ganze nach einem Jahr zu evaluieren. Wenn dann festgestellt werde, dass der Bus weniger genutzt werde, könne mit der Aseag verhandelt werden, ob ein kleinerer Bus eingesetzt werden könne. Das Geld werde nicht „verpulvert“. Der Einsatz von School & Fun-Tickets sei für eine interne Abrechnung mit der Aseag notwendig.

Herr Brötz erläutert, dass er Frau Griepentrog insofern zustimmt, dass auch bei Variante 1 OGS-Begleiter/innen mitfahren könnten. Dies hätte aber keine Auswirkungen auf die von Seiten der Verwaltung vorgeschlagenen Variante.

Darüber hinaus vergleicht er die Auslagerung und Beförderungssituation mit der Auslagerung der KGS Bildchen im Preuswald.

Die Beförderung sei über zwei Säulen organisiert. Das School & Fun-Ticket schaffe die Option zur Nutzung des ÖPNV. Die Aseag ermögliche zusätzlich den Service eines Verstärkerbusses, den sie sonst nicht einsetzen würden. Dafür fallen weitere Kosten an.

Eine Evaluierung sei aus seiner Sicht vernünftig, da so die Möglichkeit der Nachsteuerung bestehe.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beschließt, die Variante 3 umzusetzen **und die Nutzung nach einem Jahr zu evaluieren.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig

zu 8 Schulentwicklungsplan für den Bereich der Primarstufe 2019-2024

Vorlage: FB 45/0731/WP17

Zu Beginn der Sitzung sind die geänderten Beschlüsse der vorangegangenen Gremien ausgelegt worden (s. Anlage 1).

Herr Fischer verteilt seine schriftlich verfasste Stellungnahme zum SEP (s. Anlage 2) und erläutert diese. Zum einen danke er der Verwaltung für diese Fleißarbeit. Er habe aber zu zwei Bereichen Kritikpunkte: Zum einen kritisiere er das Prozedere, der Planungsprozess von sechs Monaten sei zu kurz und solle zukünftig ein Jahr betragen, damit die Schulpolitik mehr Zeit habe, sich mit den Stellungnahmen der

Schulleitungen zu beschäftigen und mit den Schulleitungen zu sprechen. Er korrigiert seine schriftliche Stellungnahme dahingehend, dass die schriftlichen Stellungnahmen der Schulleitungen bereits sechs Wochen vor der Sitzung in Allris einsehbar waren.

Fast jede Schule habe zusätzlichen Raumbedarf angemeldet. Viele dieser Punkte und Fragestellungen aus den Stellungnahmen der Schulen seien nicht im SEP beantwortet worden. Als Beispiel nennt der den Raumbedarf der GGS Am Höfling in Zusammenhang mit dem geplanten Abriss des Pavillons. Eine solche Maßnahme müsse aus seiner Sicht in den SEP aufgenommen werden.

In 2015 habe es einen Beschluss gegeben, dass alle Räume in allen Schulen möglichst multifunktional genutzt werden sollen. Dies funktioniere auch teilweise, aber z.B. nicht in der Schule Düppelstraße. Hier sei es für den OGS-Betrieb erforderlich, dass die Kinder am Nachmittag in einem anderem als dem Klassenraum betreut werden, da sie einen Raumwechsel benötigen würden, wenn sie sich den ganzen Tag an der Schule aufhalten.

Auch in vielen anderen Stellungnahmen würde deutlich, dass es zum Konzept vieler Schulen gehöre, dass der OGS Betrieb in gesonderten Gruppenräumen stattfindet. Der Beschluss möge noch gültig sein, es soll jedoch hierüber nachgedacht werden im Sinne der Schulkonferenzen. Frau von Jakbuwoski habe in ihrer Stellungnahme geschrieben: „Wenn zusätzliche Bedarfe grundsätzlich im Bestand umzusetzen sind, stehen den Kindern zukünftig in den Räumen im Durchschnitt weniger als 1,5 qm zur Verfügung.“ Alternative Raumkonzepte seien daher dringend notwendig. Er habe gestern die Rückmeldung von drei Schulleitungen bekommen, dass sie den SEP nicht bekommen haben. Somit bestehe in den Schulen bzw. mit den Schulen noch Diskussionsbedarf.

Herr Krott äußert sich zum zeitlichen Ablauf dahingehend, dass der SEP inkl. Stellungnahme seit Mitte April vorliege. Das seien mehr als sechs Wochen. Somit sei aus Sicht seiner Fraktion ausreichend Zeit gewesen mit den Schulen in Kontakt zu treten. Der Beschluss aus 2015 zur multifunktionalen Nutzung war in seiner Erinnerung nicht mit der Intention gefasst worden, dass OGS-Betrieb ausschließlich und grundsätzlich im Bestand erfolgen sollen. Neubau und Umbau-Maßnahmen müssen auch erfolgen, bzw. teilweise nachgebessert werden. Hier müsse gleichzeitig genau hingeschaut werden, wo es im Bestand gehe und wo nachgebessert werden müsse. Die Räume sollen so hergerichtet werden, dass sie den ganzen Tag über eine Aufenthaltsqualität bieten.

Dies funktioniere auch an vielen Stellen. Die Verwaltung beschreibe auch im SEP, dass es erhebliche Unterschiede im Raumbestand und Raumbedarf bei den Schulen gebe, aber dies werde angegangen. In diesem Zusammenhang sei u.a. der Ratsbeschluss gefasst worden fünf Grundschulen zu ertüchtigen. Dem seien Verwaltung und Politik nachgekommen.

Zum SEP selber dankt er der Verwaltung und den Beteiligten, sowie Schulleitungen, Schulkonferenzen und weiteren Beteiligten für diese Arbeit. Die SPD-Fraktion sehe die Grundschulen gut aufgestellt. Der Plan zeige aber auch noch einige Baustellen. Der neue Schulausschuss müsse an diesen Themen weiterarbeiten: Digitalisierung, qualitätsvoller OGS-Ausbau, Verbesserung des Raumprogramms, Verstärkung der Inklusion und des GL. Leider sei festzustellen, dass es beim Förderschwerpunkt Lernen

eher Rückschritte gebe, was das GL angehe, obwohl die Gesetzeslage eindeutig sei. Grundschule solle als wohnortnahes Angebot erhalten bleiben. Dies könne nur mit Unterstützung des Landes erreicht werden. Die Klassen für Neuzugewanderte im Grundschulbereich (DiKu Klassen) waren ein Erfolgsmodell, dies sei bereits im Ausschuss und von Schulleitungen berichtet worden. Unglücklicherweise gebe es die Entscheidung der Schulaufsicht das Angebot auslaufen zu lassen. Er habe die Befürchtung, dass es noch viele Kinder gebe, für die das Angebot gut gewesen wäre und dass in diesem Prozess neben den Fachlehrern der Stamm der Ehrenamtlichen verloren gehen könnte. Die schulorganisatorischen Maßnahmen gemäß Beschlussentwurf zum SEP würde die SPD-Fraktion teilen, aber auch in Frage stellen, ob es die Anpassung der Zügigkeiten ausreichend sei. Daher habe sich die SPD-Fraktion eingehend mit den Hinweisen der BV Haaren befasst. Die Forderung sei nachvollziehbar, weil in Haaren die Sorge bestehe, dass künftig Kinder, die eindeutig in der Ortsmitte wohnen, wegen Platzmangels abgewiesen werden müssen. In den letzten Jahren sei es aber so gewesen, dass bei objektiv bestehendem Bedarf die Bildung einer Mehrklasse möglich gewesen sei. Sofern dem Beschluss der BV Haaren gefolgt würde, bestehe die Gefahr, dass andere Schulen in ihrem Bestand gefährdet seien, Somit wird sich die SPD-Fraktion dem Beschluss aus der BV Haaren zwar nicht anschließen, bittet aber darum, dass darauf - wie in der Vergangenheit - reagiert werde, wenn es notwendig werde. Bzgl. der Schule Düppelstraße bittet er die Verwaltung nach räumlichen Verbesserungen zu suchen. Hier gäbe es schon Gespräche mit der Schulleitung. Bzgl. der Schule Am Höfling sei bereits viel Geld investiert worden. Nach Rücksprache mit der Verwaltung sei ein Therapieraum vorgesehen, dazu wird es eine Vorlage im August geben. Bzgl. der Schule Beekstraße könnten Potentiale durch frei werdende Raumkapazitäten bei Verlagerung des Berufskollegs entstehen. Er bittet die Verwaltung dort „den Fuß in die Tür zu stellen“. Die Schule Oberforstbach verfüge über keine Sporthalle oder Versammlungsstätte. Daher empfiehlt er, den Beschlussvorschlag entsprechend der BV Kornelimünster zu erweitern und die Verwaltung zu beauftragen, eine Planung vorzunehmen oder zu beauftragen, mit der das Raumprogramm der GGS Oberforstbach (Versammlungsstätte, Kollegiumszimmer, OGS) erweitert werden könne. Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel (Planung und Bau) sollen in den Haushalt eingestellt werden.

Frau Griepentrog erläutert, dass der Schulentwicklungsplan die Grundlage der politischen Arbeit und Planungsgrundlage für die Schulen bilde. Der alte Schulentwicklungsplan sei 2018 ausgelaufen. Sie sehe, dass im aktuell vorgelegten SEP für 2019-2024 sehr viel Arbeit der Verwaltung stecke, ihr fehle aber eine tiefer gehende Betrachtung der Entwicklung. Ihr sei nicht klar welche Änderungswünsche der Schulen nun im neuen SEP eingearbeitet worden seien und welche nicht. Lediglich vier von 37 Schulen würden in ihrer Stellungnahme dem SEP zustimmen. Frau Griepentrog bezieht sich ebenfalls auf die Stellungnahme von Frau von Jakubowski zu den höheren Raumbedarfen. Fast 80% der Schulen würden ausführen, dass die geforderte Arbeit nicht mehr mit den vorhandenen Raumkapazitäten leistbar sei. Auf Seite 16 würde die Verwaltung schreiben, dass der benötigte Schulraum sicher zu stellen sei, „dies gilt

[...] auch für die der Grundschule neu zugewachsene Rolle als Raum des Lernens und Lebens im Ganzttag.“

Sie regt daher an, dass die zusätzlich gemeldeten Bedarfe der Schulleitung aufbereitet werden und als Planungsgrundlage für die nächste Ratsperiode dienen, um die einzelnen erforderlichen Maßnahmen abzuwägen und zu priorisieren. Einzelne Schulen immer nur „auf Zuruf“ auszubauen sein keine gute Idee. Daher wirft sie die Frage auf, ob die Aufnahme eines Zusatzkapitels für die Raumbedarfe und Ganztagsbedürfnisse im SEP sinnvoll sein könnte.

Frau Schwier erläutert, dass der Beschluss aus 2015 die Botschaft enthalten habe, dass die Schulimmobilie komplett genutzt und keine parallelen Raumstrukturen geschaffen werden sollen. An manchen Schulen gäbe es Bereiche, die ausschließlich morgens und ausschließlich nachmittags genutzt würden und an anderen Schulen wiederum würden Räumlichkeiten ganztags genutzt. Damals hätte Einigkeit im Schulausschuss darüber bestanden, dass die verfügbaren Räume ganztägig optimal genutzt werden sollen.

Dass an manchen Standorten sehr eingeschränkte Bedingungen vorliegen, vor allem im Mensabereich, sei bekannt. Dem kommt die Verwaltung gemeinsam mit der Politik auch seit Jahren nach. Entwicklung sei wichtig, aber dabei müsse spezifisch auf die einzelnen Standorte geschaut werden und nicht pauschal in einem Zusatzkapitel Raumbedarfe insgesamt definiert werden. Die Verwaltung würde Schulen, mit Unterstützung durch den Schulausschuss, weiter entwickeln und die Bedarfe aufgreifen.

Herr Kaldenbach teilt mit, dass die Verwaltung die Bedarfe der Schule sieht und nicht bei Seite schieben würde. Daher würden die Stellungnahmen der Schulen auch als Teil des vorgelegten SEPs veröffentlicht. Der SEP würde mit einem solchen geforderten Zusatzkapitel, welches einem Grundschulraumscreening gleichen würde, überfrachtet. Darüber hinaus wäre dieser Prozess mehrjährig und nicht innerhalb von sechs Monaten leistbar. Um die Raumbedarfe abzuarbeiten gebe es bereits das OGS-Ausbauprogramm, in dem Schule für Schule angepasst werde. Die Beispiele Am Höfling, Mataréstr. usw. zeigen wie viel Vorlauf und Aufwand jede einzelne Maßnahme bedürfe. Darüber hinaus müssten dabei auch die haushalterischen Auswirkungen bedacht werden, was ebenfalls Zeit, Planung und Verhandlungen bedürfe. Auch seien viele Liegenschaften in ihren Möglichkeiten begrenzt, sodass oft kreative Lösungen notwendig seien. Bereits jetzt versuche man, kleine und schnelle Maßnahmen umzusetzen und solche die größer sind, dann mit dem Schulausschuss zusammen zu priorisieren.

Darüber hinaus äußern sich Frau Schwier und Herr Kaldenbach irritiert darüber, dass Schulleitungen berichten, sie haben keine Kenntnis über den SEP erhalten.

Die Schulen seien im Vorfeld beteiligt worden, hätten die ihren Sozialraum betreffenden Auszüge erhalten und der komplette SEP wäre im April im Allris veröffentlicht worden.

Herr Brantin teilt mit, dass die Schulentwicklungsplanung nicht statisch, sondern immer einer Entwicklung unterworfen sei. Wenn Bedarf entstehen würde, dann wird dieser bedient und nicht bis zum nächsten Screening gewartet. Daher überrasche ihn die Kritik am SEP.

Frau von Jakubowski erläutert, dass Kinder Platz bräuchten. Dies spiegele sich auch in ihrer Stellungnahme wider. Sie dankt der Verwaltung für die umfassende Vorarbeit. Die Anforderungen an moderne Grundschulen hätten sich verändert und es könne nicht ausreichend darauf reagiert werden. Mit Blick darauf, welche Arbeit vor Ort geleistet werde und vor dem Hintergrund, dass sich Kinder acht Stunden am Tag in der Schule aufhalten, sei die Raumsituation nicht optimal. Aus ihrer Sicht sollte dies jedoch nicht zu einem Konflikt zwischen Politik und Verwaltung führen, sondern zu einem Einsatz der gemeinsamen Ressourcen, um zu überlegen wie Verwaltung, Politik, Schulen und Schulaufsicht kreativ und flexibel die Probleme der Schule angehen können.

Frau Schwier verweist darauf, dass in 2015 alle Liegenschaften mit E 26 im Rahmen eines Screenings angesehen wurden. Das Ergebnis war, dass die Schulen über extrem unterschiedliche Kapazitäten im Raum und Außengelände verfügen. Daher sei es nur ehrlich, wenn die Verwaltung im SEP schreibt, dass die Situation sehr unterschiedlich sei. An der Optimierung müssen die Verwaltung und die Politik ständig arbeiten.

Herr Krott teilt mit, dass bekannt sei, dass es Unterschiede in den Räumen gibt und dass Verwaltung und Politik auch versucht haben, darauf zu reagieren. Im OGS-Ausbauprogramm wären bereits mehrere Schulen gewesen und gerade heute würde die Grundschule Eilendorf auf der TO stehen. Der SEP sei die eine Sache, die andere Sache sei es, dass es einen Maßnahmenplan gebe, der von der Politik priorisiert werde und von der Verwaltung abgearbeitet werde.

Herr Balthasar beschreibt, dass der SEP eine Steuerungsfunktion habe. In 2008 seien die Schulbezirksgrenzen aufgehoben worden. In Folge dessen könnten die Eltern die Schule frei wählen, haben aber Anspruch die nächste gelegene Schule zu besuchen. Mittlerweile haben zwei Schulen geschlossen, beides seien Brennpunktschulen gewesen. Die ehemaligen Schüler/innen dieser Schulen müssten nun irgendwo anders hin gehen.

Die Grundschulen würden „ausbluten“, wenn die Politik in Kauf nehmen würde, dass sie nur nachgefragte Schulen weiter ausbaue. Es dürfe nicht passieren, dass gerade benachteiligte Stadtteile keine Schule mehr haben. Daher solle die Beschränkung der Zügigkeiten im Umfeld von Brennpunktschulen als Steuerungsinstrument eingesetzt werden.

Herr Kaldenbach bestätigt, dass die Festlegung der Zügigkeit das zentrale Steuerungsinstrument der SEP darstelle. In den letzten Jahren seien auch keine Erhöhung der Zügigkeiten, sondern, wenn

überhaupt, dann Mehrklassenbildungen beschlossen worden. Die Entscheidung dazu sei immer durch den Schulausschuss getroffen worden.

Frau Griepentrog führt aus, dass ihrer Einschätzung nach nur vier Schulen mit der Raumsituation zufrieden gewesen seien, d.h. der Rest sehe Entwicklungsbedarf, welcher vom Schulausschuss ernst genommen werden solle. Daher solle es einen Maßnahmenkatalog geben. Darüber hinaus solle nicht nur über die Zügigkeit gesteuert werden. Die Grundschulen hätten den Wunsch, dass auch ihr Profil mit aufgenommen werde. Sie plädiert dafür, dass die Bedarfe der Schulen mit aufgenommen werden, die Verwaltung solle als neutrale Stelle den Ist-Zustand erfassen.

Herr Fischer kritisiert, dass die Schulleitungen nicht nochmal persönlich den SEP/ ihren Auszug nach Berücksichtigung/Einarbeitung ihrer Stellungnahme erhalten haben. Er plädiert dafür, dass allen Grundschulen nochmal Zeit gegeben werde, sich mit dem vorgelegten SEP zu beschäftigen um erneut eine Rückmeldung geben zu können. Dann solle ein Maßnahmenkatalog für August erstellt werden. Der Beschluss zum SEP solle in die Augustsitzung verschoben werden.

Herr Kehren dankt der Verwaltung für die Arbeit des SEPs. Er stimmt Herrn Fischer und Frau Griepentrog insofern zu, dass auch ihm die von den Schulen gemeldeten Raumbedarfe besonders wichtig seien und ihm 1,5 qm pro Schüler/in zu wenig erscheint. Auch er wünsche sich, dass der Raumbedarf nochmal betrachtet werde.

Frau Schwier fasst zusammen, dass Verwaltung und Politik im Wunsch dahingehend einig sind, die Bedarfe in den Schulen aufzugreifen. Ausdruck dieses gemeinsamen Willens sei das bereits angelaufene OGS-Ausbauprogramm, welches auch gemeinsam fortgeführt werde.

Frau von Jakobuwoski stellt nochmal das von Herrn Kaldenbach dargestellte Beteiligungsverfahren mit den Schulen dar. Sie erläutert, dass die Schulen keinen Überblick vor der allgemeinen Veröffentlichung des SEP gehabt hätten, welche Aspekte ihrer Stellungnahme in dem Entwurf der Verwaltung berücksichtigt worden seien und regt an, den Schulen die Möglichkeit dieses Abgleichs zu geben.

Herr Kaldenbach erklärt, dass das Prozedere der Beteiligung transparent und partizipativ im Vorfeld folgendermaßen besprochen und seitens der Verwaltung eingehalten worden sei:

1. Schulleiterkonferenz am 23.01.2020
2. Zusendung des jeweiligen Auszug des SEP-Entwurfs zum Sozialraum an Schulleitungen am 27.01.2020
3. Erbitten der Rückmeldung/Stellungnahmen der Schulen bis zum 16.03.2020 mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass nicht alle Wünsche berücksichtigt werden können, die Stellungnahmen aber mit dem SEP-Entwurf vorgelegt werden.

4. Im Zeitraum 01/2020 bis 03/2020 permanenter Austausch (telefonisch und per Mail) zwischen Schulleitungen und FB 45 (Schulentwicklungsplanern)
5. Teilweise Anpassung des SEPs, aber keine erneute Zusendung des SEPs/Auszug an die Schulen
6. Veröffentlichung der Beschlussvorlage zum SEP in Allris, erfolgte am 15.04.2020

Über diesen Ablauf des Beteiligungsverfahrens, auch Punkt 5., seien die Schulleitungen auch im Rahmen der Schulleiterkonferenz am 23.01.2020 informiert worden. Wer konkrete Fragen zu seiner Schule hatte, konnte diese im Austausch mit dem FB 45 klären.

Herr Krott dankt Herrn Kaldenbach für die Erklärung. Wer sich informieren möchte, könne dies durch Kontakt mit FB 45 oder durch die Veröffentlichung in Allris tun. Er spricht sich dafür aus, den SEP - wie vorgelegt - zu beschließen.

Frau Griepentrog bekräftigt Ihren Wunsch eine Auflistung aller Raumbedarfe zu erhalten, damit dann eine politische Entscheidung zur Priorisierung getroffen werden könne.

Herr Brantin teilt mit, dass eine Priorisierung der erforderlichen Maßnahmen schon permanent stattfinden würde. Das Ganze sei ohnehin ein dynamischer Prozess. Die Diskussion würde im August erneut starten, wenn der TOP nun vertagt würde.

Frau Schwier schlägt vor, dass heute der SEP verabschiedet würde und die Verwaltung eine entsprechende Übersicht auf Grundlage der Stellungnahmen der Schulen erstellt.

Beschluss:

Der **Schulausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung und den Schulentwicklungsplan für den Bereich der Primarstufe 2019 bis 2024 zustimmend zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat der Stadt den vorgelegten Schulentwicklungsplan und die darin durch die Verwaltung empfohlenen schulorganisatorischen Maßnahmen zu beschließen:

a) KGS Auf der Hörn

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Zügigkeit der KGS Auf der Hörn ab dem Schuljahr 2021/2022 dauerhaft von 1,5 Zügen auf 2 Züge zu erhöhen.

b) GGS Am Lousberg

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Zügigkeit der GGS Am Lousberg ab dem Schuljahr 2021/2022 dauerhaft von 2 Zügen auf 2,5 Züge zu erhöhen. Die Schule bildet demnach zukünftig im jährlichen Wechsel zwei bzw. drei Eingangsklassen.

c) GGS Brander Feld

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Zügigkeit der GGS Brander Feld nach Abschluss der Baumaßnahme dauerhaft von 2 Zügen auf 2,5 Züge zu erhöhen. Die Schule bildet demnach zukünftig im jährlichen Wechsel zwei bzw. drei Eingangsklassen.

Der Schulausschuss bittet die Verwaltung um die Erarbeitung einer Übersicht zum Herbst 2020 mit möglichen Erweiterungsbedarfen der Schulen auf Basis der Stellungnahmen der Schulen.

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Planung vorzunehmen oder zu beauftragen, mit der das Raumprogramm der GGS Oberforstbach (Versamlungsstätte, Kollegiumszimmer, OGS) erweitert werden kann. Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel (Planung und Bau) sollen in den Haushalt eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11 Ablehnung: 2 Enthaltung: 4

Mehrheitlich entschlossen.

zu 9 Informatik an Aachener Grundschulen

Vorlage: FB 02/0203/WP17

Frau Keller begrüßt Frau Behrens von Fachbereich Wirtschaftsförderung.

Frau Griepentrog begrüßt das Projekt der Studenten/innen. Sie stellt Fragen zu der Berechnung in der Tabelle der Vorlage und fragt nach wie viele Schüler/innen erreicht werden und wofür die 50.000 € genau gebraucht werden.

Frau Behrens, Frau Schwier und Frau Keller erläutern, dass die 50.000 € seitens der Politik zur Verfügung gestellt wurden. Durch dieses Projektvolumen könnten acht Projektwochen an Grundschulen mit einer technischen Ausstattung von 26 Endgeräten (Laptops inkl. Mäusen, Software und Wartungs- und Unterbringungskosten) innerhalb eines Jahres durchgeführt werden.

Herr Auler erläutert, dass für die Endgeräte einmalig Fixkosten anfallen und darüber hinaus laufende Kosten entstehen. Das Geld reiche für acht Schulen. Im nächsten Jahr müssten zur Fortführung des Projekts weiterer Gelder für die lfd. Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Frau von Jakobowski fragt, ob die Gelder schon bewilligt wurden.

Dies wird im Gremium bejaht.

SchA/39/WP.17

Ausdruck vom: 29.06.2020

Seite: 16/23

Herr Kehren fragt, warum der Schulausschuss diesen Beschluss nur zur Kenntnis erhalten, aber der AWW entscheiden.

Herr Krott merkt an, dass die Kosten von anderen Projekten in Schulen bislang nicht so ausführlich diskutiert worden seien. Der AWW müsse aufgrund rechtlicher Vorgaben entscheiden.

Er betonte, dass die GroKo das Thema auf den Weg gebracht habe, um das Thema Informatik auch in die Grundschulen spielerisch einzubringen.

Herr Kehren teilt mit, dass er die Idee Kindern Informatik näher zu bringen, begrüße. Er sehe es kritisch, dass das Geld komplett an ein Startup gegeben werden, ihm fehlen Informationen zur angedachten Abrechnung, Lizenzierung etc.

Frau Keller teilt mit, dass es an Grundschulen keine Informatiker/innen gebe und manchmal neue Wege gegangen werden müssten. Die Grundschulen sollten nicht mit dem Thema Digitalisierung allein gelassen werden und sie sehe hier eine große Chance für die Kinder.

Frau von Jakubowski teilt mit, sie hätte sich gewünscht, dass der hohe Betrag an das euregionale Medienzentrum gegangen wäre.

Herr Auler erläutert, dass es sich nicht um ein Startup, sondern einen Aachener Verein, getragen von Aachener Studenten/innen der RWTH und FH, handle. Dieser sei nicht kommerziell orientiert. Die CDU-Fraktion habe die Maßnahmen vor der Einstellung in den Haushalt besprochen und die Rückmeldung bekommen, dass es gewünscht sei. Die Schulen hätten das Gesamtpaket aber nicht abbilden können, wenn sie nur Geld bekommen hätten. Zudem sei die Umsetzung des Projektes mit der vorhandenen, landesweit finanzierten Personalkapazität im euregionalen Medienzentrum nicht möglich gewesen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt die Umsetzung des Projekts „Informatik an Aachener Grundschulen“ zum Einstieg in die Grundlagen der Informatik für Schülerinnen und Schüler der 2. bis 4. Jahrgangsstufe. Im Anschluss ist eine Entscheidung durch den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft zu fällen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12 Ablehnung: 1 Enthaltung: 4
Mehrheitlich beschlossen.

zu 10 Maßnahmen der durchgängigen Sprachbildung

Vorlage: FB 45/0749/WP17

Es wird ein Filmausschnitt über die OGS-Sprachferien in der OGS Passstraße gezeigt.
Herr Brötz stellt die neue Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte Frau Delavoipière und ihre Aufgaben vor.

Frau Keller dankt der Verwaltung für diese interessante Arbeit.

Herr Kehren merkt an, dass in der Vorlage stehe, dass ca. 90 Kinder mit weiterem Deutschförderbedarf und teilweise ohne Zeugnis auf die weiterführenden Schulen wechseln würden und fragt wie viele Schüler/innen kein Zeugnis ausgestellt bekämen.

Frau von Jakubowski teilt mit, dass nur noch einzelne keine Zeugnisse erhielten.

Sie verweist auf ihre Kollegen/innen als Ansprechpartner/in:

1. Frau Dr. Mirjam Ropers = DAZ-Fachberatung
2. Herrn Jürgen Rudig = Schulamtsdirektor, u.a. Aufgabenbereich: Integration durch Bildung

Her Krott lobt und dankt dem Projekt und dass hier viele Träger zusammengekommen seien. Es gehe darum die Übergänge zu gestalten. Das würden sie auf sehr gute Art und Weise bewerkstelligen.
Er verweist auf die Sprachförderwoche im Kennedypark, welche DIE FALKEN durchgeführt haben. Von solchen Angebote könne es nicht genug geben.

Er fragt, bzw. bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Ehrenamt bzw. Integrationshelfer noch mehr in die Projekte eingebunden werden können.

Frau von Jakubowski betont die Wichtigkeit der außerschulischen aber auch der wertvollen schulischen Leistung zur Sprachförderung. Sie dankt ebenfalls für die in der Vorlage beschriebenen Arbeit und auch dem Kommunalen Integrationszentrums (KI) für ihre Arbeit und den gewonnen Einblick in die Arbeit der Projekte des KI.

Beschluss:

Der **Schulausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig

zu 11 Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Vorlage: FB 45/0718/WP17

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:

Einstimmig.

zu 12 Einsatz der neu eingerichteten Schulsozialarbeiterstellen 2020

Vorlage: FB 45/0733/WP17

Herr Fischer teilt mit, dass er sich über die zwei Stellen freut, auch wenn damals vier beantragt worden seien. Da zwei Schulen somit nicht berücksichtigt werden könnten, spricht er sich für die zukünftige weitere haushalterische Berücksichtigung von zwei Sozialarbeiterstellen pro Jahr aus. Außer diesen beiden Schulen gäbe es noch weitere Schulen, die Bedarfe geäußert hätten.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:

Einstimmig.

zu 13 DigitalPakt Schule - geplante Förderschwerpunkte in der Stadt Aachen

Vorlage: FB 45/0757/WP17

Herr Rohé stellt fest, dass die beabsichtigten Maßnahmen im Wesentlichen in den Schulen gemacht werden würden. In der aktuellen Corona-Situation läge der Schwerpunkt aber auf dem Lernen auf Distanz. Dazu fehle es an Software und Ausstattung der Lehrer/innen und Schüler/innen. Das würde auch nach den Sommerferien noch nicht zu Ende sein. Er fragt, ob daran gedacht werde, die Mittel aus dem Digitalpakt für andere Maßnahmen einzusetzen, mit Blick auf die aktuelle konkrete Situation oder ob es bei der bisherigen Priorisierung bleibe.

Frau Griepentrog berichtet von ihren Erfahrungen zu den interaktiven Tafeln, die sehr teuer in der Anschaffung seien und in der Praxis in den Schulen doch nicht so stark genutzt werden, da sie in den

Klassenräumen nicht so einen starken Nutzen hätten. Sie fragt, ob an der Anschaffung solcher Tafeln festgehalten werde.

Herr Hellmann erklärt, dass er das nicht in der Vorlage lese, Präsentationstechnik könne auch andere Technik wie Beamer und Kameras sein, nicht zwingend interaktive Tafeln.

Herr Brötz legt dar, dass die Verwaltung nicht frei in ihrem Handeln sei, da es strenge Richtlinien zur Umsetzung gebe. Zum einen sei Anschaffung von mobilen Endgeräten gedeckelt und zu anderen handele es sich um Geräte zur Nutzung in der Schule und nicht zu Hause handele. Digitale Anzeigegeräte könnten vieles sein, sowohl Tafeln als auch Beamer etc.; bei dem in der Vorlage genannten Gerät handelt es sich um eine Kalkulationsgröße. Die umzusetzenden Maßnahmen wurden und werden eng mit dem euregionalen Medienzentrum und dem von den Schulen zu erstellenden Medienkonzept abgestimmt. Fast alle Schulen hätten mittlerweile ein solches Medienkonzept vorgelegt. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen sollen alle Schulen/ Klassenräume auf einen Gleichstand gebracht werden. Das Kriterium der sozialen Gerechtigkeit wurde dabei berücksichtigt, da die Schulen und die Schülerschaft über unterschiedliche Möglichkeiten zur Mittelakquise verfügen würden. Zum laufenden Digital Pakt ist noch eine Zusatzvereinbarung mit dem Fokus ‚bedürftige Kinder‘ im Gespräch. Dies müsse noch abgewartet werden. Vielleicht könnten hierüber noch mehr digitale Endgeräte in den Fokus gerückt werden. Die entsprechenden Entscheidungen würden dem Schulausschuss dann vorgelegt werden.

Herr Krott teilt sein Einverständnis zur Aufteilung der Fördermittel mit. Insgesamt sei das Budget auch noch nicht verplant, sodass noch Luft zum Nachbessern bestehe. Die Coronazeit habe gezeigt, dass bzgl. der Deckelung der Endgeräte noch etwas passieren müsse.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die in der Vorlage dargestellte, grob kalkulierte Verteilung der Fördermittel aus dem Förderprogramm DigitalPakt. Er beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis gemeinsam mit den Schulen die erforderlichen technisch-pädagogischen Einsatzkonzepte auszuarbeiten, die Fördermittel zu beantragen und über den Fortgang der Umsetzung im Schulausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
Einstimmig.

zu 14 Überprüfung und Einrichtung von Lernschulgärten

Vorlage: FB 45/0744/WP17

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:

Einstimmig.

zu 15 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangeboten in der Primarstufe der Schulen der Stadt Aachen (Offene Ganztagschulen), hier: 7. Änderungssatzung

Vorlage: FB 45/0750/WP17

Der TOP wird vertagt/ die Vorlage zurückgestellt.

Frau Schwier erläutert, dass der TOP noch vor der Ratssitzung am 17.06.2020 beraten werden müsse.

Es wird einvernehmlich beschlossen diesen TOP in einer Sondersitzung am 17.06.2020 um 16:30 Uhr im Eurogress zu beraten.

zu 16 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Giancoli teilt mit, dass er die Information erhalten habe, dass die Bezirksschülervertretung nicht im Schulausschuss vertreten sein dürfe, weil sie sich entweder für den Schulausschuss der Stadt Aachen oder der StädteRegion Aachen hätte entscheiden müssen. Diesen Zwang zur Entscheidung zwischen den beiden Ausschüssen könne er nicht nachvollziehen.

Herr Brötz erläutert, dass in der Vergangenheit die Schülervertretung im Schulausschuss vertreten war, dass dies aber bei der Gründung des Bildungsbüros und der Ansiedelung der Bezirksschülervertretung an das Bildungsbüro der StädteRegion Aachen nicht mehr stattgefunden hätte. Es gäbe seitens der Verwaltung keine Einwände gegen die Teilnahme am Schulausschuss der Stadt Aachen.

Frau Schwier bestätigt, dass seitens der Verwaltung die rechtlichen Möglichkeiten einer Teilnahme geprüft und dann Kontakt mit der Bezirksschülervertretung aufgenommen werde.